

Überparteiliches Komitee wirbt für ein Ja zum CO₂-Gesetz

Familien, die Wirtschaft und gerade auch das Berggebiet: Alle würden profitieren. Die Gründe.

Politiker jeglicher Couleur anerkennen heute den Klimawandel. Uneinigkeit herrscht freilich darüber, wie viel das Land in den Klimaschutz investieren soll. Während die SVP das revidierte CO₂-Gesetz ablehnt, empfehlen alle anderen grösseren Schweizer Parteien, am 13. Juni ein Ja in die Urne zu legen. Beim Briger Bahnhof hat gestern ein überparteiliches Quartett erklärt, weshalb.

So warnte Brigitte Wolf (Grüne) vor den Folgen der Klimaerwärmung. Diese geht im Alpenraum doppelt so rasch vorstatten wie im globalen Durchschnitt. Auftauender Permafrost lasse ganze Hänge instabil werden; häufigere Starkniederschläge würden Überschwemmungen und Murgänge verursachen. Die Gletscher verlören ihre Funktion als Wasserreservoir, die Schneefallgrenze steige deutlich. Für Wolf ist deshalb klar: «Unsere Energie-



Laetitia Heinzmann Bellwald, Jeannette Salzmann, Brigitte Wolf und Anja Lambrigger (von links) sehen zahlreiche Gründe, das revidierte CO₂-Gesetz anzunehmen.

Bild: pomona.media

zukunft muss fossilfrei sein. Kein Weg führt an einer Netto-null-CO₂-Gesellschaft vorbei.»

Zudem und entgegen den Aussagen des gegnerischen Lagers sei ein Ja zum CO₂-Gesetz auch im Interesse des Berggebiets: Mit Geldern des Klimafonds liessen sich Schutzbauten

vor Naturgefahren realisieren, ausserdem würden die Autohersteller effizientere Fahrzeuge produzieren müssen, was gerade der Bergbevölkerung zugutekomme. Auch sei es gerade das Berggebiet, das vom Gebäudeprogramm für energieeffiziente Sanierungen profitiere.

Für Anja Lambrigger (FDP) macht die Vorlage auch aus wirtschaftlicher Sicht Sinn. Zum einen löse die Umsetzung des CO₂-Gesetzes Investitionen aus, etwa in Fernwärmenetze, Ladestationen für Elektroautos oder in die Beschaffung einer Elektrobusflotte. Was wiederum Arbeitsplätze schaffe.

Zum anderen profitiere die Schweiz auch davon, dass sie weniger abhängig von importiertem Öl, Gas und Kohle werde.

Schliesslich wies Lambrigger darauf hin, dass das revidierte CO₂-Gesetz familienfreundlich sei. So gehörten Familien in der Regel nicht zu den Vielfliegern, wodurch sie unter dem Strich mehr zurückerhielten, als sie bezahlen würden. Auch die Rückerstattung der CO₂-Abgaben pro Kopf sowie die Tatsache, dass Familien pro Kopf einen niedrigeren Energieverbrauch haben als etwa Alleinstehende,

lasse sie vom CO₂-Gesetz profitieren. Ausserdem und nicht zuletzt seien es die kommenden Generationen, die am meisten unter dem Klimawandel leiden würden.

Unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit warb alsdann Laetitia Heinzmann Bellwald (SP) für ein Ja. Indem Personen mit einem hohen CO₂-Ausstoss stärker zur Kasse gebeten werden, während gleichzeitig ein Grossteil der Abgaben direkt an die Bevölkerung zurückfliesse, sei die Verursachergerechtigkeit gegeben.

Zudem anerkenne die Schweiz mit dem revidierten Gesetz auch endlich die Emissionen, die sie im Ausland verursacht und die zwei Drittel unseres CO₂-Fussabdrucks ausmachen würden. Die klaren Reduktionsziele nicht nur im In-, sondern auch im Ausland bedeuteten deshalb einen Schritt hin zur globalen Klima-

gerechtigkeit. Jeannette Salzmann (Grünliberale) wiederum erwähnte den Umstand, dass das CO₂-Gesetz neu auch den Finanzplatz in die Pflicht nehmen wolle: Banken würden nach einer Annahme weniger in kohlenstoffintensive Unternehmen investieren.

Zudem stimme es nicht, dass Benzin und Diesel bei einem Ja um zwölf Rappen pro Liter teurer würden. Bereits heute könnten die Importeure einen Aufschlag von fünf Rappen erheben, wobei der tatsächliche Aufschlag aber bei anderthalb Rappen liege.

Und, so Salzmann: Selbst wenn die beiden Kraftstoffe um zwölf Rappen aufschlagen würden, käme dies bei einer 50-Liter-Tankfüllung einem Aufpreis von sechs Franken gleich – «also einer Tasse Kaffee mit Gipfeli».

Fabio Paozzi